

AMTSBLATT

Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“

Ämtliche und aktuelle Informationen des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“

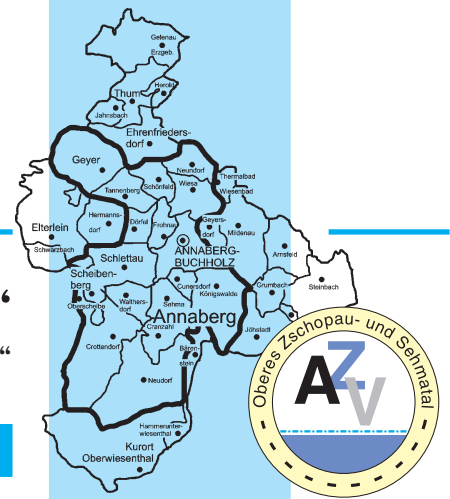
14. Jahrgang Ausgabe 03/2010

15. Dezember 2010

■ Übertragung der Abwasserbeseitigung des Ortsteiles Geyersdorf der Stadt Annaberg-Buchholz an den Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ per 01.01.2011

Die Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz hat mit Beschluss des Stadtrates vom 25.11.2010 die Aufgabe der Abwasserbeseitigung für den Ortsteil Geyersdorf an den Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ übertragen. Die Verbandsversammlung des AZV hat in ihrer Sitzung vom 01.12.2010 dieser Aufgabenübertragung zum 01.01.2011 zugestimmt.

Damit geht die Zuständigkeit für die Abwasserbeseitigung dieses Ortsteiles einschließlich der Wartung und Unterhaltung sämtlicher Abwasseranlagen zum genannten Termin auf den AZV über. In diesem Zusammenhang werden auch die Abwassergebühren durch den AZV erhoben. Dies wird, wie bisher praktiziert, als Dienstleistung durch die Erzgebirge Trinkwasser GmbH erbracht. An der Höhe der Abwassergebühren werden bis zum Ablauf der Kalkulationsperiode 2012 keine Änderungen vorgenommen.



Aus dem Inhalt

Seiten 2+3

- Satzung des AZV „Oberes Zschopau- u. Sehmatal“ über Erhebung einer Abgabe zur Abwägung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen

Seiten 3+4

- 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des AZV „Oberes Zschopau- und Sehmatal“

Seite 5

- Ergebnisse Jahresabschlussprüfung und Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2009

Satzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen

(Abwasserabgabenabwälzungssatzung – AbwAAbwälzS) vom 2. Dezember 2010

Aufgrund des § 4 Abs. 1 SächsGemO und des § 47 Abs. 2 i.V.m. §§ 6 Abs. 1, 5 Abs. 4 SächsKomZG, den §§ 8, 9 Abs. 4 AbwAG und den §§ 5, 6 SABwaG bzw. den §§ 7, 8 SächsAbwAG und des § 2 SächsKAG hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ –nachfolgend AZV genannt– am 1. Dezember 2010 mit Beschluss VV Nr. 14/2010 folgende Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen beschlossen:

§ 1 Erhebungsgrundsatz, Abgabentatbestand

- (1) Der AZV erhebt eine Abgabe zur Deckung seiner Aufwendungen aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen nach § 6 Abs. 1 SABwaG bzw. § 8 Abs. 1 SächsAbwAG. Die Abgabe wird für Grundstücke erhoben, auf denen Abwasser anfällt und für dessen Einleitung der AZV nach § 6 Abs. 1 SABwaG bzw. § 8 Abs. 1 SächsAbwAG anstelle des Einleiters abgabepflichtig ist. Dies sind Einleitungen von im Jahresdurchschnitt weniger als acht m³/Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnlichem Schmutzwasser in ein Gewässer nach § 1 Abs. 1 WHG.
- (2) Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliche Schmutzwassereinleitungen bleiben abgabefrei, wenn
 1. der Bau der Abwasserbehandlungsanlage mindestens den all gemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und
 2. der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.
- (3) Wird Schmutzwasser rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht, stellt dies keine Einleitung im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 dar.

§ 2 Abgabenmaßstab und Abgabensatz

- (1) Die Abgabe wird für Grundstücke, von denen Schmutzwasser aus Haushaltungen im Sinne des § 1 Abs. 1 eingeleitet werden, nach der Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Einwohner berechnet. Maßgebend für die Zahl der Einwohner

ist der 30.06. des Kalenderjahres, für das die Abgabe zu entrichten ist. Für Grundstücke, von denen ähnliche Schmutzwassereinleitungen im Sinne von § 1 Abs. 1 vorgenommen werden, weil das Grundstück nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken dient, wird die Abgabe nach der im Kalenderjahr eingeleiteten Schmutzwassermenge berechnet. Zur Abgabe nach Satz 1 und 3 gehört auch der durch die Erhebung der Abgabe entstehende Verwaltungsaufwand; hierzu gehört weiterhin für die Erhebung ab dem Kalenderjahr 2006 der bei der Erfüllung der Abgabepflicht entstehende Verwaltungsaufwand.

- (2) Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 1 wird nach folgender Formel berechnet:

Anzahl der Einwohner des Grundstückes x 50 % x Abgabensatz für eine Schadeinheit zzgl. Verwaltungsaufwand je Grundstück

- (3) Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt berechnet:

Mengen des jährlich eingeleiteten Abwassers geteilt durch 40 multipliziert mit 50 v. H. des Abgabensatzes für eine Schadeinheit zzgl. Verwaltungsaufwand je Grundstück

- (4) Der Abgabensatz für eine Schadeinheit beträgt seit dem 01.01.1997 **€ 35,79** (= DM 70,00).

- (5) Der Verwaltungsaufwand je abgabepflichtiges Grundstück beträgt für ein Kalenderjahr ab 2010 **€ 9,18**.

§ 3 Beginn und Ende der Abgabepflicht

- (1) Die Abgabepflicht entsteht jeweils zu Beginn und endet jeweils mit Ende

des Kalenderjahres, für das gegenüber dem AZV die Abwasserabgabe für Kleineinleitungen festgesetzt wurde.

- (2) Abweichend von Abs. 1 endet die Abgabepflicht mit Ablauf des Monats,

1. in dem die Einleitung vom Grundstück entfällt und dies dem AZV schriftlich angezeigt wurde;
2. in dem das Grundstück an das zentrale Abwassernetz angeschlossen wurde;
3. in dem die Voraussetzungen für die Abgabepflicht (Einleitung von Schmutzwasser aus Haushaltungen oder ähnlichem Schmutzwasser) entfallen.

§ 4 Abgabenschuldner

- (1) Abgabenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld Eigentümer des Grundstückes ist. Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Eigentümers Abgabenschuldner.
- (2) Mehrere Abgabenschuldner für das selbe Grundstück haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit

- (1) Die Abgabenschuld entsteht jeweils zum Ende eines Kalenderjahres.
- (2) Die Abgabe ist durch schriftlichen Bescheid festzusetzen.
- (3) Die Abgabe wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 6 Pflichten des Abgabenschuldners

Der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte bzw. sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte hat die für die Prüfung und Berechnung der Abgabensprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen und den Zutritt zum Grundstück zu gewährleisten.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 2 SächsAbwAG i.V.m. § 6 Abs. 2 SächsKAG handelt, wer die erforderlichen Auskünfte nach § 6 nicht erteilt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu € 10.000,00 geahndet werden.

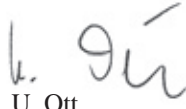
§ 8 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Zugleich treten
 - die Satzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen vom 08.07.2004 sowie

- die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen vom 10.11.2005

außer Kraft.

Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld,
den 2. Dezember 2010



U. Ott
Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- bzw. Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

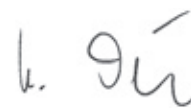
Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in Verbindung mit § 21 Absatz 3 Satz 2 SächsKomZG in Verbindung mit § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld,
den 28. September 2010



U. Ott
Verbandsvorsitzender

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ für den Ortsteil Thermalbad Wiesenbad der Gemeinde Thermalbad Wiesenbad

(1. Änderungssatzung zur Abwassersatzung für den Ortsteil Thermalbad Wiesenbad der Gemeinde Thermalbad Wiesenbad - AbwSOTW)

vom 28. September 2010

Aufgrund von § 63 Abs. 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der Neufassung vom 18. Oktober 2004 (GVBl. S. 482) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 114) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (GVBl. S. 55, ber. SächsGVBl. 2003 S. 159) zuletzt geändert durch

Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323) und der § 47 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 und § 5 Abs. 4 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, ber. SächsGVBl. 1993, S. 1103) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S.

418, ber. SächsGVBl. 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142) hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ –nachfolgend AZV genannt– für den Ortsteil Thermalbad Wiesenbad der Gemeinde Thermalbad Wiesenbad in der Versammlung am 22. September 2010 mit Beschluss VV Nr. 11/2010 nachfolgende Satzung beschlossen:

Artikel 1 Änderungsbestimmungen

Die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ für den Ortsteil Thermalbad Wiesenbader Gemeinde Thermalbad Wiesenbad vom 25. Juni 2009 (öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ Ausgabe 2/2009 vom 31. August 2009) wird wie folgt geändert:

1. § 25 „Höhe der Abwassergebühren“ wird wie folgt gefasst:

„§ 25 Höhe der Abwassergebühren

1. Die Einleitungsgebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird, beträgt **2,11 EUR** je Kubikmeter Abwasser.
2. Die Abwasserentsorgungsgebühr für Abwasser (Fäkalabwasser), das aus abflusslosen Gruben mit WC-Anschluss entnommen, abgefahren und gereinigt wird, beträgt **16,92 EUR** je Kubikmeter Abwasser.
3. Die Abwasserentsorgungsgebühr für Abwasser (Fäkalschlamm), das aus abflusslosen Gruben mit Trockenaborten und Kleinkläranlagen entnommen, abgefahren und gereinigt wird, beträgt **19,82 EUR** je Kubikmeter Abwasser.“

2. § 26 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Neben der Einleitungsgebühr nach § 22 Abs. 1 i.V.m. § 25 Abs. 1 wird eine Grundgebühr für die Teilleistung zentrale Abwasserbeseitigung erhoben. Die Grundgebühr wird gestaffelt nach der Anzahl der auf einem Grundstück befindlichen Wohnungseinheiten (WE) erhoben. Sie beträgt je WE **3,00 EUR** je Monat.“

3. Der § 28 wird wie folgt geändert:

In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 28 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 27 Abs. 1 Nr. 1“ ersetzt.

4. Der § 32 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 13 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2011 in Kraft.

Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld, den 28. September 2010

U. Ott

U. Ott
Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- bzw. Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in Verbindung mit § 21 Absatz 3 Satz 2 SächsKomZG in Verbindung mit § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld, den 28. September 2010

U. Ott

U. Ott
Verbandsvorsitzender



Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung und Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2009

I.

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ hat in ihrer Sitzung vom 22. September 2010 folgenden Beschluss (VV Nr. 08/2010) gefasst:

Auf Grundlage des

- Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft K&F Treuhand GmbH, Bielefeld vom 30. Juni 2010 und des
- Berichts zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses 2009 durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Annaberg-Buchholz vom 5. Juli 2010

wird nach § 19 Absatz 1 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes hiermit der Jahresabschluss 2009 festgestellt und der Verbandsvorsitzende entlastet.

Einzelangaben

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2009

1.1 Bilanzsumme 45.179.253,51 €

1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf das Anlagevermögen 43.925.039,44 €
das Umlaufvermögen 1.223.301,32 €
Rechnungsabgrenzungsposten 30.912,75 €

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf das Eigenkapital 4.653.177,73 €
die Sonderposten 3.807.331,00 €
die Rückstellungen 3.199.103,00 €
die Verbindlichkeiten 33.519.641,78 €

1.2 Jahresgewinn 654.407,87 €

1.2.1 Summe der Erträge 7.578.687,08 €

1.2.2 Summe der Aufwendungen 6.924.279,23 €

2. Verwendung des Jahresgewinns/ Behandlung des Jahresverlustes

Der ausgewiesene Jahresgewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist nach § 19 Absatz 1 Sächsisches Eigenbetriebsgesetz

ortsüblich bekannt zu geben und an sieben Arbeitstagen öffentlich auszulegen. Die ortsübliche Bekanntgabe erfolgt hiermit in dieser Ausgabe des Amtsblattes.

Der Jahresabschluss 2009 und der Lagebericht werden in der Zeit vom

20. bis 30. Dezember 2010

zu folgenden Geschäftszeiten in der Geschäftsstelle des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ Talstraße 55 in 09488 Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld (Sekretariat) öffentlich ausgelegt:

Mo	7.00 Uhr - 12.00 Uhr 13.00 Uhr - 15.30 Uhr
Di	7.00 Uhr - 12.00 Uhr 13.00 Uhr - 18.00 Uhr
Mi	7.00 Uhr - 12.00 Uhr 13.00 Uhr - 15.45 Uhr
Do	7.00 Uhr - 12.00 Uhr 13.00 Uhr - 16.00 Uhr
Fr	7.00 Uhr - 12.00 Uhr

II.

Dem Abwasserzweckverband „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft K&F Treuhand GmbH, Bielefeld vom 30. Juni 2010 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk mit folgendem Wortlaut erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss –bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 Handelsgesetzbuch unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Verbandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Thermalbad Wiesenbad/ OT Schönfeld, 26. Oktober 2010


U. Ott
Verbandsvorsitzender

Beschlüsse

In der 3. öffentlichen **Verbandsversammlung (3. VV) des Abwasserzweckverbandes „Oberes Zschopau- und Sehmatal“ vom 22. September 2010** wurden folgende **Beschlüsse gefasst:**

1. ÖFFENTLICHER TEIL

▲ **Beschluss VV Nr. 08/2010**

Die **Verbandsversammlung** des AZV beschließt über die **Feststellung** des Jahresabschlusses für das **Wirtschaftsjahr 2009**, die **Entlastung** des **Verbandsvorsitzenden** und der **Verwendung** des Jahresgewinns/ Jahresverlustes. Der **Beschluss** über die **Feststellung** des Jahresabschlusses einschließlich **Verwendung** des Jahresgewinns ist nach § 19 Abs. 2 des **Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes** ortsüblich bekannt zu geben und der Jahresabschluss sowie der **Lagebericht** an **sieben Arbeitstagen** öffentlich auszulegen. In der **Bekanntgabe** ist auf die **Auslegung** hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

27 ja, 0 nein, 0 Stimmenthaltungen

▲ **Beschluss VV Nr. 09/2010**

Die **Verbandsversammlung** des AZV fasst den **Beschluss** zur **Beauftragung** des **Wirtschaftsprüfers** für den **Jahresabschluss**

2010. Mit **Beschluss VV Nr. 15/2009** wurde unter **Zugrundelegung** des **Angebotes** eines **gleichbleibenden Honorars** für die **Jahresscheiben 2009-2011** die **Wirtschaftsprüfungsgesellschaft K&F Treuhand GmbH, Bielefeld** für die **Prüfung** der **Jahresabschlüsse 2009-2011** bestellt.

Die **Beauftragung** erfolgt auf **Grundlage** des **genannten Beschlusses** für das **Jahr 2010**.

Abstimmungsergebnis:

27 ja, 0 nein, 0 Stimmenthaltungen

▲ **Beschluss VV Nr. 10/2010**

Die **Verbandsversammlung** des AZV nimmt die **beiliegende Abwassergebührenkalkulation** für den **Ortsteil Thermalbad Wiesenbad** der **Gemeinde Thermalbad Wiesenbad** vom **30.06.2010** für die

1. **Einleitungs- und Grundgebühr** im **Zeitraum** vom **01.01.2011 bis 31.12.2015** und

2. **Abwasserentsorgungsgebühr** für **Fäkalabwasser und Fäkalschlamm** im **Zeitraum** ab **01.01.2011 (dezentrale Entsorgung)** Zur **Kenntnis** und **bestätigt** die für die **Erstellung** **gewählten Ausgangsparameter** sowie die im **Ergebnis** ermittelten **Gebührensätze** und **ausgewiesenen Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckungen**.

Abstimmungsergebnis:

27 ja; 0 nein, 0 Stimmenthaltungen

▲ **Beschluss VV Nr. 11/2010**

Die **Verbandsversammlung** des AZV beschließt den **vorliegenden Entwurf** der **1. Satzung** zur **Änderung** der **Satzung** über die **öffentliche Abwasserbeseitigung** des AZV für den **Ortsteil Thermalbad Wiesenbad** der **Gemeinde Thermalbad Wiesenbad**. Die auf **Grundlage** der **Kalkulation 2011-2015** vom **30.06.2010** ermittelten **Gebührensätze** sind in diese **Satzung** zu **übertragen**.

Sie ist der **Rechtsaufsichtsbehörde** **anzuzeigen** und **öffentlich bekannt** zu **machen**.

Abstimmungsergebnis:

27 ja; 0 nein; 0 Stimmenthaltungen

▲ **Beschluss VV Nr. 12/2010**

Die **Verbandsversammlung** des AZV **bestätigt** den **vorliegenden Entwurf** der **Satzung** zum **Wirtschaftsjahr 2011**. Der **Geschäftsführer** wird **beauftragt**, den **Zeitraum** der **Auslage** des **Entwurfs** des **Wirtschaftsplanes** ortsüblich bekannt zu geben und an **sieben Arbeitstagen** öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

27 ja; 0 nein; 0 Stimmenthaltungen

2. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Im **nichtöffentlichen Teil** wurden **keine Beschlüsse** gefasst.

Sanierung von Hauptentwässerungsleitungen der Innenstadt von Annaberg-Buchholz

Neben der **abgeschlossenen Sanierung** des **Stadtaches Annaberg** sowie des **Kleinrückerswalder Baches**, wurde eine **weitere Abwasserleitung** der **Annaberger Innenstadt** im **Jahr 2010** saniert. Die **ausgehend** vom **Karlsplatz** verlaufende **Entwässerung**, **mündet** im **Bereich Unterer Bahnhof** und wurde mit **großem Aufwand** saniert und **instand gesetzt**. Dabei wurde neben der **Instandsetzung** vorhandener **Bauwerke** auch eine **Verlegung** neuer **GFK-Rohre** im **alten Natursteinmauerwerk** vorgenommen. Die **Verlegung** erfolgte **nahezu ausschließlich** über **Privatgrundstücke**. So wurde unter anderem der **Spielgarten** der **Kindertagesstätte**

Karlsplatz sowie die **Stadtmauer** gequert. Die **Arbeiten** waren nur nach der **Genehmigung** der **Grundstückseigentümer** möglich, die **dankenswerterweise** **unproblematisch** erteilt wurden. Nach **Abschluss** der **Arbeiten** konnte das **Schmutzwasserpumpwerk** **Johannisplatz** außer **Betrieb** genommen werden, was eine **weitere Verbesserung** der **Infrastruktur** der **Innenstadt** bedeutet. Zudem wurde aus dem **alten** **deutlich undichten** und **einsturzgefährdeten** **Natursteinkanal** ein **fäkalientauglicher**



Mischwassersammler, der seine **Entwässerungsfunktion** für **Teile** der **Innenstadt** **ordnungsgemäß** übernehmen kann.

